

Verhandlungen schon jetzt den Weg ebnen

Hamburger Friedensforscherin Ursula Schröder: Auf den Moment der Kriegsmüdigkeit vorbereiten

Lüneburg. Während sich an den Fronten relativ wenig bewegt, verzichtete Wladimir Putin noch darauf, im Ukrainekrieg weiter zu eskalieren. Die Hamburger Friedensforscherin Prof. Ursula Schröder vermisst im Interview mit LZ-Reporter Joachim Zießler Bestrebungen, Verhandlungen für den Tag vorzubereiten, an dem die Kriegsgegner keine Chance mehr sehen, ihre Ziele mit Waffen zu erreichen.

Am „Tag des Sieges“ verzichtete Wladimir Putin auf verstärktes Säbelrasseln. Sind Eskalationsschritte wie eine Einberufung der Reservisten damit vom Tisch oder nur noch nicht aktuell?

Prof. Ursula Schröder: Das ist von außen sehr schwer einzuschätzen. Prinzipiell werte ich es aber als gutes Zeichen, dass Putin martialisches Auftreten vermied, und auch keine Generalmobilisierung verkündete. Allerdings muss das nicht heißen, dass weitere Eskalationsschritte nun ausgeschlossen sind.

In seiner Rede fehlte das Wort „Ukraine“, lediglich der „Donbass“ wurde erwähnt. Sind die offensichtlichen Kriegsziele der ersten Wochen – Eroberung Kiwens und Einrichtung einer Marionettenregierung – damit erledigt?

Wie schwer die russischen Ziele und Strategien von außen einzuschätzen sind, zeigt ja schon, dass Putin bereits mit Kriegseintritt eine politische Option zog, die zuvor von wenigen erwartet worden war. Zumindest in der gewählten Rhetorik hat Putin in dieser Rede auf eine weitere Eskalation des Kriegs durch Generalmobilisierung oder durch die Benennung des Kriegs als solchen verzichtet.

Den leiseren Tönen vom 9. Mai steht entgegen, dass sich in der moldauischen Separatistenregion Transnistrien offenbar Kämpfer darauf vorbereiten, eine neue Front in der Ukraine zu eröffnen. Ist das Putins aktuelles Ziel: eine Landverbindung quer durch die Ukraine bis nach Transnistrien?

Angesichts seiner militärisch geschrumpften Möglichkeiten ist die Frage: Was kann der Kreml überhaupt noch erreichen? Der Widerstand der Ukraine nimmt aktuell eher zu statt ab. Ukrainische Einheiten gewinnen Territorien zurück. Es zeichnet sich eine militärische Lage ab, in der die beiden Gegner keine großen Geländegewinne erzielen. Für Moskau kann es im Moment also kaum darum gehen, weitergehende Eroberungen anzugehen. Es geht für Putin vermutlich eher darum, seine Gebietsgewinne zu konsolidieren.

Falls das Patt nicht überwunden wird, gäbe es dann einen eingefrorenen Konflikt wie in Georgien oder seit 2014/15 im Donbass, den er jederzeit anheizen kann?

Der Begriff „eingefrorener Konflikt“ ist in diesem Falle eine Fehlbezeichnung, weil er Gewalt-



Wann ebnet Kriegsmüdigkeit den Weg für Verhandlungen im Ukrainekrieg? Die Frau des im Einsatz gefallenen freiwilligen Soldaten Oleksandr Makhov, der zu den bekanntesten ukrainischen Journalisten gehörte, weint während der Beerdigung an seinem Sarg in Kiew.

Foto: dpa/RND

losigkeit suggeriert. Doch in der Ostukraine geht das Sterben ja seit Jahren immer weiter. Tatsächlich ist in der Ukraine ein mögliches Szenario, dass sich der Krieg in einen Konflikt mit niedrigerer Gewaltintensität transformiert. Dass wir also Kämpfe mit weniger Toten und Kriegshandlungen erleben, ohne einen verhandelten Friedensschluss zu sehen. Alternativ ist natürlich auch noch immer ein Sieg Russlands denkbar, doch den sehe ich aktuell eher nicht.

Putin verfolgt ein panslawistisches-völkisches Konzept, verortet wie einst Milošević mit Serbien Russland da, wo Russen leben. Wie groß ist die Gefahr, dass „Hilferufe“ der starken russischen Minderheiten im Baltikum erhört werden?

Dieses Szenario erwarte ich eher auf dem Westbalkan. Da verfolgt die serbische Teilrepublik Republika Srpska einen Abspaltungskurs von Bosnien-Herzegowina. Im Baltikum kann ich eine derartige Gefahr zurzeit nicht erkennen. Dort haben wir EU-Staaten, die deutlich stabiler sind als die Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Zwar gibt es in den Staaten große Minderheiten, weil bei-

spielsweise Estland in sowjetischer Zeit durch die Ansiedlung von Russen vor allem im Osten systematisch russifiziert wurde. Aber in den Gesellschaften zeigen sich meines Wissens keine Anzeichen einer internen Spaltung. Moskau versucht zwar, einen Keil in diese Gesellschaften zu treiben, doch die Versuche verfangen zurzeit noch nicht in großem Umfang.

Bei seiner Rede verbreitete er eine Art „Präventivkriegslegende“ für die Russen: Russland sei nur einer Invasion seines Territoriums durch Faschisten oder gar einem Atomwaffenangriff zuvorgekommen. Zeigen diese abstrusen Argumente, wie überflüssig die deutsche Debatte ist, ab welchem geliefertem Waffentypus Putin einen Vorwand habe, uns als Feind zu betrachten? Einen Grund würde sich der Kreml notfalls erfinden. Die Waffenlieferungsdebatte in Deutschland ist in der Tat sehr verkürzt. Ob und ab wann die russische Regierung die externe Unterstützung der Ukraine als Eskalationsgrund sieht, ist zunächst mal eine Frage der russischen Wahrnehmung. Wann Russland eine imaginäre rote Li-

nie als übertreten ansieht, kann, muss aber nicht mit Waffenlieferungen zusammenhängen. Völkerrechtlich ist die Sache klarer: Durch Waffenlieferungen werden Nato-Staaten keine direkte Kriegspartei. Dazu müssten Nato-Soldaten auf russische Einheiten schießen.

Darf der Westen die Sanktions-schraube nicht überdrehen, weil damit gerechnet werden muss, dass Putin auch nach Kriegsende der Verhandlungspartner bleibt?

Grundsätzlich sollte sich der Westen überlegen, was man mit den Sanktionen erreichen will und unter welchen Bedingungen man bereit wäre, sie aufzuheben. So könnte eine mögliche Aufhebung der Sanktionen durchaus bei Verhandlungen als Anreizmechanismus eingesetzt werden. Unabhängig davon müssen wir in der Tat damit rechnen, dass Putin an der Macht bleibt. Und das könnte für uns noch die bessere Nachricht sein, denn ein Regimewechsel könnte die Lage auch verschlechtern und Russland destabilisieren.

Würde eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine eskalierend wirken, weil der Kreml kein funktionierendes Demokratie-Schaufenster an seiner Flanke akzeptieren kann? Oder deeskalierend, weil Putin einsehen würde, dass er zumindest die Herzen der Ukrainer auf Dauer verloren hat?

Eine starke Westbindung der Ukraine durch eine Aufnahme in die EU und eine erstarkende Demokratie würden vom autoritären Regime in Russland vermutlich als Gefahr betrachtet werden. Aber das ist nicht die entscheidende Frage. Notwendig ist vielmehr ein Perspektivwechsel. Statt zu erwägen, welche strategischen Kalküle Russland als Folge eines möglichen EU-Beitritts der Ukraine verfolgen wird, soll-

ten wir zunächst durchdenken, welche strategischen Ziele die EU damit erreichen möchte. Das heißt: Welche Folgen hätte ein möglicher EU-Beitritt für die Ukraine selbst und für die EU? Wir müssen also diskutieren, wann, in welcher Form und wie die EU die Ukraine aufnehmen kann.

Die Nato nimmt keine Staaten mit ungelösten Territorialkonflikten auf. Wäre das für die EU keine Hürde?

Es sind viele Hürden für eine EU-Mitgliedschaft denkbar. Aktuell wird geklärt, ob der Ukraine der Beitrittskandidatenstatus zuerkannt werden kann oder nicht. Es geht hier um Fragen der demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung, der Integration der Wirtschaft in den EU-Binnenmarkt und um die Übernahme des Rechtssystems der EU. Aus meiner Sicht müsste die Europäische Union das Vertiefen der politischen Integration nach innen mit der Diskussion einer weiteren Ost-Erweiterung verknüpfen. Dabei geht es um eine realistische Beitrittsperspektive für die Ukraine und die Staaten des Westbalkans, die schon länger im Wartezimmer sitzen. So hat Albanien den Beitritt 2009 beantragt, Nordmazedonien sogar schon 2004. Bosnien-Herzegowina hat den Beitritt 2016 beantragt, Serbien 2014. Mit dem Kosovo gibt es ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, seit 2012 wird mit Montenegro verhandelt.

Dabei wäre es sinnvoll, wenn die EU die Verhandlungen beschleunigte, indem nicht mehr die unterschiedlichen Themen in den Verhandlungen Kapitel für Kapitel nacheinander abgehakt werden wie bisher, sondern verschiedene Sachgebiete parallel verhandelt würden. Eine differenzierte Integration könnte dabei integrationswilligen Staaten die Zusammenarbeit in Berei-

chen ermöglichen, auch wenn nicht alle Mitgliedsstaaten mitgehen.

Der Einmarsch in die Ukraine hat den Westen überrascht. Erkennen Sie inzwischen eine strategische Linie?

Unsere Entscheidungsträger absolvieren eine sehr schwierige Gratwanderung zwischen der Notwendigkeit, den überfallenen Staat substanziell zu unterstützen und dem Versuch, das Eskalationsrisiko bis hin zu einem Atomkrieg zu minimieren. Das erklärt die vorsichtige Politik.

Was würden Sie ändern?

Es sollte parallel zu Waffenlieferungen und Sanktion schon jetzt mehr darüber gesprochen werden, welche langfristigen Lösungen überhaupt denkbar sind, wer bei späteren Verhandlungen am Tisch sitzen sollte, wo diese stattfinden könnten und welche Drittparteien eingeschaltet werden. Noch steht das zwar nicht auf der Agenda, weil der Verhandlungswille bislang zumindest auf russischer Seite fehlt, aber die Vorbereitungen dafür können durchaus getroffen werden.

Wann wird der Verhandlungswille wachsen?

Wir sehen immer wieder, dass erst verhandelt wird, wenn die Konfliktparteien keinen militärischen Ausweg mehr sehen, wenn beispielsweise der Krieg in einer Pattsituation endet und ihnen nicht mehr die Verwirklichung ihrer Ziele ermöglicht. In diesem Moment entsteht in dem Krieg eine teure Zwangslage. Die Kombination von Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland hatte von Anfang an das Ziel, Moskau in eine solche kostspielige Zwangslage zu manövrieren und damit letztlich an den Verhandlungstisch zu zwingen.

ZUR PERSON

Friedensforscherin aus Hamburg

Ursula Schröder ist seit 2017 Wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg sowie Professorin für Politikwissenschaft, insbesondere für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, an der Universität Hamburg. Sie sprach auf der diesjährigen Konferenzwoche der Leuphana-Universität. Sie hat an der Humboldt Universität und an der Freien Universität in Berlin sowie an der Uni-

versity of Wales in Aberystwyth, Wales, studiert und am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz promoviert.



Foto: Felix Matthies